

Abg. Geske beantragte den vorliegenden Antrag dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung eine Prioritätenliste unter Naturschutzaspekten aller betroffenen Kreisstraßen erstellen solle, an denen ein Handlungsbedarf aus naturschutzfachlicher Sicht bestehe. Hierbei solle auch aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten neben dem ehrenamtlichen Engagement bestehen.

Abg. Albrecht bat ebenfalls um Darstellung alternativer dauerhafter Schutzmaßnahmen zu baulichen Maßnahmen. Hierbei könne auch die Überlegung angestellt werden, in geringem Umfang Aufwandsentschädigungen anzubieten. Bei baulichen Maßnahmen sei zudem zu prüfen, ob Zuschüsse erhalten werden könnten.

Der Vorsitzende fragte ergänzend, weshalb der vorliegende Antrag im Planungsausschuss vertagt worden sei und ob die Verwaltung bei der Umsetzung von Maßnahmen berücksichtige, dass hierzu Ausgleichsmaßnahmen herangezogen werden könnten.

KVD Zimmermann erklärte, dass in der Vergangenheit verschiedene Projekte mit dem Landesstraßenbauamt im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen finanziert worden seien. Es müsse jedoch berücksichtigt werden, dass ohne ein dauerhaftes ehrenamtliches Engagement diese Aufgabe nicht zu bewältigen sei. Aus seiner Sicht sei es daher kontraproduktiv, in diesem Bereich Gelder auszuschütten. Vielmehr müsse eine enge Abstimmung über das weitere Vorgehen und auch die Finanzierung mit dem Planungsamt erfolgen.